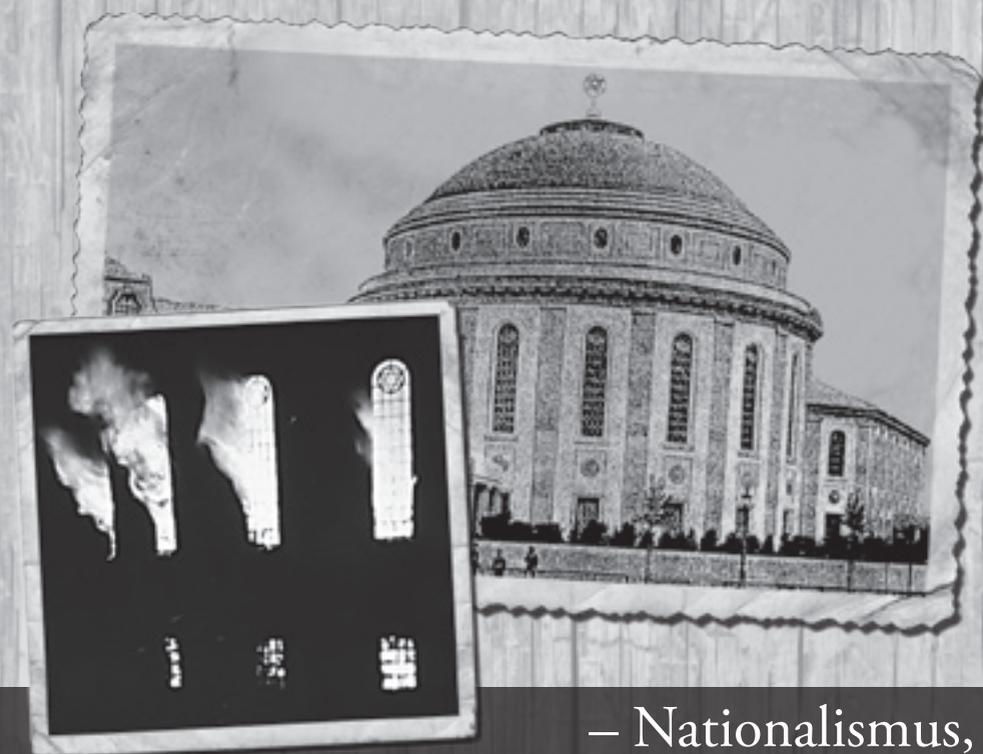


Nichts ist vergessen
und niemand



– Nationalismus,
Antisemitismus und Rassismus bekämpfen

Gedenkzug

In Erinnerung an die Reichspogromnacht am 9. November 1938

am 9. November 2007 | Beginn 18 Uhr
an der ehemaligen Synagoge in der Hindenburgstraße

Rassistische Übergriffe – Alltag in Deutschland

Am 18. August 2007 wurden in Guntersblum am Rande eines Weinfestes ein Sudanese und ein Ägypter von teils polizeibekanntem Rechten überfallen und mit einer zerbrochenen Weinflasche schwer verletzt.

Dieser Angriff kam keinesfalls aus heiterem Himmel, sondern ist Ausdruck einer sich seit vielen Jahren ausbreitenden Neonazi-Szene, die sich in Mainz und Umland etabliert hat. Über 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus sind rechte Übergriffe längst wieder Normalität in Deutschland.

2006 wurden 18.000 Straftaten mit rechtem Hintergrund gezählt, das sind im Schnitt 50 täglich. Das heißt 50 mal am Tag Friedhofsschändungen, Naziparolen und Hakenkreuze an Häuserwänden, öffentliches Zeigen des Hitlergrußes und Bedrohungen von Menschen, die nicht in das völkische Weltbild passen.

Darüber hinaus werden statistisch gesehen täglich drei Gewalttaten von Neonazis verübt. Hinzu kommt, dass die Dunkelziffer rassistischer und faschistischer Gewalt noch deutlich höher liegt, da viele Straftaten nicht zur Anzeige gebracht werden und Übergriffe entpolitisiert oder verschwiegen werden.

Schweigen und Verharmlosung – Strategie von Ordnungsbehörden und Politik ?

Diese Strategie wurde auch am 18. August angewandt und zwar im Doppelpack. Nachdem in Mügeln mehrere Inder von einem rassistischen Mob

durch die Stadt gejagt wurden, versuchte der Bürgermeister abzuwiegeln und verteidigte rassistische Äußerungen mit dem erschreckenden Umstand, dass sie »jedem mal über die Lippen kommen«. Während die Hetzjagd von Mügeln sofort in der Presse präsent war, erfuhr die Öffentlichkeit über den Überfall in Guntersblum zunächst nichts. Im Gegenteil: noch einige Tage später am 24. August, sagte der Bürgermeister von Guntersblum, dort habe niemand ausländerfeindliche Attacken zu befürchten. Erst auf Initiative der Frau des Opfers wurde der Überfall öffentlich. Und erst nach dem überregionalen Presseecho hielt die Polizei es für nötig, den schon am Tatort gefassten Haupttäter aus Mainz in Haft zu nehmen. Seit langem wird die sich um Mainz und Wiesbaden formierende Naziszene auch von behördlicher Seite verharmlost. Am gleichen Wochenende des Überfalls tauchten an mehreren Stellen in Mainz und Hochheim Sprühereien auf, die den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß als Märtyrer feierten.

Diese Verharmlosung hat Tradition. Sie verstellt nicht nur den Blick auf neofaschistische Strukturen, sondern fördert diese noch.

Als legale Partei, die für ein »Neues Deutsches Reich« eintritt und sich unter anderem durch staatliche Wahlkampfhilfe finanziert, meldet die NPD Aufmärsche an, die regelmäßig spätestens in letzter Instanz genehmigt und von einem massiven Polizeiaufgebot durchgesetzt werden. So geschehen am ersten Mai in Raunheim/Rüsselsheim, wo die Teilnehmer direkt vor den Polizeibeamten den Arm zum verbotenen Hitlergruß reckten und auf dem Rückweg eine junge Frau am Südbahnhof in Mainz brutal

zusammenschlugen. Am 7. Juli in Frankfurt sorgte das bis dato größte Polizeiaufgebot Hessens für den möglichst reibungslosen Ablauf einer Nazidemo, auf welcher auch Parolen wie »BRD-Judenstaat, wir haben dich zum kotzen satt« skandiert wurden. Dies hätte, rein rechtlich betrachtet, durchaus die Möglichkeit gegeben, die Demonstration aufzulösen.

Aus der Geschichte lernen – das Schweigen durchbrechen

Am 9. November 1938 brennen in Deutschland die Synagogen. Nach fünf Jahren Naziherrschaft, nach der Verschleppung politischer Gegner in die Konzentrationslager, nach der Ermordung tausender Oppositioneller, nach zahlreichen antijüdischen Gesetzen ist die Reichspogromnacht vorläufiger Höhepunkt des offenen Terrors gegen die jüdische Bevölkerung. Schüler werden vom Unterricht befreit, um bei den Zerstörungen der Synagogen mitzuhelfen. Geschäfte werden geplündert, Wohnungen demoliert, jüdische Menschen gedemütigt, geschlagen, ermordet. Die Pogrome signalisieren die Bereitschaft der Bevölkerung, die menschenverachtende Propaganda der Nazis in mörderische Tat umzusetzen. Sie sind ein Schritt auf dem Weg der Mobilisierung der Bevölkerung zum Angriffskrieg. Die Pogrome sind ein Schritt auf dem Weg zu den Vernichtungslagern, in denen die systematische Ermordung der europäischen Juden organisiert wurde.

Die Pogrome am 9. November 1938 sind auch ein Schritt zu dem Krieg, der die Gewinne der deutschen Industrie in die Höhe schnellen ließ.

Bis heute ist eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit den Strukturen, die den Faschismus möglich machten; mit den Interessen, die ihn an die Macht brachten und von ihm profitierten; mit der Verantwortung der breiten Bevölkerung, die ihn getragen und unterstützt hat, nicht erfolgt. Schon kurz nach der Befreiung vom Faschismus war Antisemitismus wieder an der Tagesordnung. Den Überlebenden der Konzentrationslager schlug unverhohlene Ablehnung entgegen, sie mussten oft demütigende Zeremonien durchlaufen, um ihre Staatsangehörigkeit, einen Teil ihres ehemaligen Besitzes oder eine Rente zu erhalten.

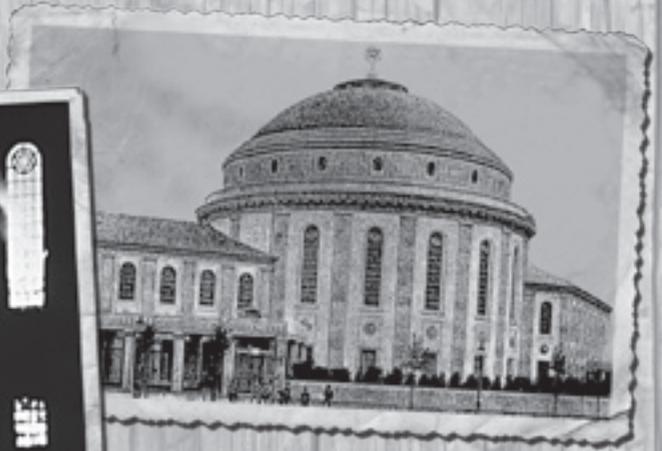
Auch heute ist Antisemitismus in Deutschland keine Randerscheinung und nicht nur eine Ideologie von Neonazis, sondern wird von breiten Bevölkerungsschichten getragen. Der Aussage, »die Juden haben zu viel Macht« wird von 23 % der Bevölkerung zugestimmt. 55 % bekräftigen die Äußerung, »die Juden wollen aus der Vergangenheit Vorteile ziehen«. Weiterhin stimmen 62 % der Aussage zu: »Ich bin es leid, immer wieder von den deutschen Verbrechen an den Juden zu hören.«

Aus der Geschichte zu lernen heißt, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus entgegenzutreten.

**Faschismus ist keine Meinung,
sondern ein Verbrechen!**

**Die Toten mahnen die Lebenden
– Nie wieder!**

**Nichts ist vergessen und niemand
– Nationalismus, Antisemitismus
und Rassismus bekämpfen**



In Erinnerung an die Reichspogromnacht
am 9. November 1938

Gedenkzug

am 9. November 2007 | Beginn 18 Uhr
an der ehemaligen Synagoge in der Hindenburgstraße

Aufrufende Gruppen:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Kreisvereinigung Mainz-Bingen (VVN-BdA) | AK Antifa Mainz | Antifaschismus-AG an der Uni Mainz

Unterstützende Gruppen:

Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers e.V., Wiesbaden | Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Landesverband Rheinland-Pfalz | LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz | JungdemokratInnen/Junge Linke Rheinland-Pfalz | Hochschulgruppe kritische linke Uni Mainz | GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz